

42 Millionen Euro Schulden weniger

Kreisausschuss befürwortet Teilnahme des Landkreises Bad Dürkheim an Entschuldungsprogramm

VON DAGMAR SCHINDLER-NICKEL

KREIS DÜW. 42 Millionen Euro seiner Schulden wird der Landkreis durch ein Entschuldungsprogramm des Landes los. Voraussetzung ist jedoch, dass der Kreis seine restlichen Liquiditätskredite innerhalb von 30 Jahren tilgt. Der immer noch nicht genehmigte aktuelle Haushalt ist für die Teilnahme kein Hindernis.

Nach Angaben der Kreisverwaltung werden für die Bemessungsgrundlage die Liquiditätskredite zum Jahresende 2020 in Höhe von rund 87 Millionen Euro herangezogen. Daraus berechnete das Land ein Entschuldungsvolumen von 42 Millionen Euro, den Rest muss der Landkreis innerhalb von 30 Jahren selbst tilgen. Das Programm richtet sich an Kommunen, die von einer hohen Verschuldung durch Liquiditätskredite betroffen sind. Das Land übernimmt damit kommunale Schulden mit einem Gesamtvolumen von drei Milliarden Euro.

ro. Die Entschuldung soll den Kommunen helfen, ihren haushaltsrechtlichen Pflichten und damit dem Haushaltsausgleich nachzukommen. Der Kreishaushalt von 2024 hat ein Defizit von 22,4 Millionen Euro.

Wie Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld (CDU) dem Kreisausschuss am Dienstag mitteilte, ist der Haushalt vom Land noch nicht genehmigt worden. Dies sei aber für die Teilnahme am Entschuldungsprogramm kein Hindernis. Angesichts des 250 Millionen Euro hohen Haushaltsdefizits aller Landkreise in Rheinland-Pfalz sei jedoch absehbar, dass die positiven Effekte des Entschuldungsprogramms in etwa zwei bis drei Jahren wieder „verpufft“ seien, prophezeite der Landrat. Ein Beitritt zu dem Entschuldungsprogramm sei für den Landkreis aber alternativlos, so Ihlenfeld.

„Wir können nur zustimmen, weil wir das Geld dringend brauchen“, stimmte CDU-Fraktionsvorsitzender Markus Wolf zu. Jedoch müsse das Land mit der Reform des kommunalen

Finanzausgleichs nun auch einen zweiten Schritt folgen lassen, um seiner Verantwortung für die Kommunen gerecht zu werden. „Unter den Rahmenbedingungen, unter denen wir den Haushalt unterschrieben haben, werden wir die Schulden nicht tilgen können“, prophezeite Wolf. Es drohe sonst dieselbe Verschuldung in zwei bis drei Jahren. Heidi Langensiepen (FDP) sprach von einem „Perpetuum mobile“, das sich schon viel zu lange wiederhole. „So lange das Land keine strukturellen Veränderungen vornimmt, wird das ein Strohfeuer bleiben“, kommentierte Hanns Gauch, Vorsitzender der FWG-Fraktion, das Entschuldungsprogramm.

Ihlenfeld verwies in diesem Zusammenhang auf den Brief, den er mit den Bürgermeistern des Kreises unterschrieben und vor Ostern an die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) geschickt hatte. Darin wurde an Dreyer appelliert, die Kommunen besser finanziell auszustatten (wir berichteten).

Was den noch nicht genehmigten Haushalt betrifft, sagte Elke Thomas, Leiterin der Finanzabteilung, dass man nach einem Telefonat mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier den Eindruck gewonnen habe, dass die Landesbehörde relativ hilflos sei, wie sie mit den Haushaltszahlen des Kreises umgehen solle. Die ADD wisse wohl nicht, was sie von der Kreisverwaltung noch erwarten solle, vermutete Thomas.

Ihlenfeld erklärte, dass die bei der Verabschiedung des aktuellen Haushalts beschlossene Gründung einer Konsolidierungskommission bereits einmal getagt habe. Die Kommission soll die Kreisfinanzen insbesondere mit Blick auf das nächste Haushaltsjahr unter die Lupe nehmen. Es sei eine Überprüfung der gesamten Personalsituation des Hauses angestrebt.

Der Kreisausschuss stimmte der Teilnahme am Entschuldungsfonds geschlossen zu, der Kreistag muss darüber noch am 16. April abschließend befinden.